

FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe¹

Teil A: Gründe im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung

Wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten oder diesen gemäß § 123 Abs. 2 GWB gleichstehenden Straftaten liegt gegen mich/uns² und/oder einer dem Unternehmen³ nach § 123 Abs. 3 GWB zurechenbaren Person⁴ eine strafrechtliche Verurteilung vor oder gegen unser Unternehmen wurde eine Geldbuße nach § 30 OWiG wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten oder diesen gemäß § 123 Abs. 2 GWB gleichstehenden Tatbestände rechtskräftig festgesetzt⁵:

Ja

Nein

Soweit die vorstehende Frage mit „Ja“ beantwortet wurde, müssen Sie die nachfolgend geforderten Angaben machen:

	Vor- und Zuname der betroffenen (Leitungs-)Person	Bezeichnung des Tatbestandes, dessentwegen die Verurteilung erfolgte/Geldbuße festgesetzt wurde	Datum der Verurteilung/ Rechtskraft der Geldbuße (TT.MM.JJJJ)	Dauer des Ausschlusszeitraums, soweit unmittelbar im Urteil festgelegt
1.				
2. (*)				
3. (*)				
	Weitere in gesondertem Dokument (pdf-Format)⁶			

¹ **Ausfüllhinweise:**

- Kästchen sind anzukreuzen, soweit das für den Bieter zutrifft.
- Grau unterlegte Felder sind nicht auszufüllen.
- Umrahmte Felder machen kenntlich, dass dort Angaben von der Stadt Leipzig zwingend gefordert sind. Die geforderten Angaben sind dort einzutragen.
- Gestrichelt umrahmte Felder sind vom Bieter auszufüllen, soweit es für ihn zutrifft.
- Umrahmte / gestrichelt umrahmte Felder ohne Angaben, deren Beschreibung mit (*) gekennzeichnet ist, werden gewertet als „nicht vorhanden“.
- Soweit der Raum in einem Feld für die erforderlichen Angaben nicht ausreicht, sind diese auf einem gesonderten Dokument zu machen. Die dortigen Angaben müssen eindeutig zuordnungsfähig sein. Soweit von der Stadt Leipzig geforderte einschlägigen Unterlagen elektronisch abrufbar sind, machen Sie hier bitte auch folgende Angaben: Web-Adresse, bescheinigende Stelle, genaue Angabe der Dokumente.

² Wenn der Bieter eine natürliche Person ist.

³ Wenn der Bieter eine Personengesellschaft oder juristische Person ist.

⁴ Gemeint ist eine Person die als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat und/oder in leitender Stellung die Geschäftsführung überwacht hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung, insb. Geschäftsführer und zur Führung der Geschäfte bestellte Person (vgl. Definition unter Nr. 12 Anlage 1 zur Angebotsaufforderung).

⁵ Liegt eine rechtskräftige Verurteilung oder eine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße bei Angebotsabgabe länger als 5 Jahre zurück, sind sie für die Beantwortung der Frage nicht mehr relevant und müssen nicht angegeben werden.

⁶ Dokument ist nach dem Muster der Tabelle zu erstellen.

FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe**Teil B: Gründe im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen**

Ich bin/wir sind/unser Unternehmen ist entsprechend § 123 Abs. 4 GWB

bestehenden Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung **nicht** nachgekommen⁷:

 Ja **Nein**

Soweit die vorstehende Frage mit „**Ja**“ beantwortet wurde, müssen Sie dies nachfolgend erläutern⁸. Dabei müssen Sie mindestens die folgenden Angaben machen:

- Betroffenes Land bzw. betroffener Mitgliedstaat
- Höhe des fraglichen Betrages
- Art der Feststellung des Verstoßes: Gerichts- oder verwaltungsbehördliche Entscheidung unter Angabe des Datums der Verurteilung bzw. der Entscheidung und der Dauer des Ausschlusszeitraumes⁹ oder auf andere Weise¹⁰
- Erläuterungen, ob Sie/Ihr Unternehmen den Verpflichtungen dadurch nachgekommen sind/ist, dass Zahlungen vorgenommen wurden oder Sie/Ihr Unternehmen sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben/hat.

⁷ Ist der Verstoß gegen die Verpflichtung durch rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden (abgeurteilte Verstöße), sind für die korrekte Beantwortung der obigen Frage solche Verstöße **nicht** relevant, deren **Aburteilung** bei Angebotsabgabe länger als 5 Jahre zurückliegt. Nicht abgeurteilte Verstöße sind unabhängig von ihrem Zeitpunkt für die Beantwortung der Frage relevant.

⁸ Soweit der Raum für die erforderlichen Angaben nicht ausreicht, sind diese auf einem gesonderten, formlosen Anlagenblatt zum Formblatt zu machen.

⁹ Soweit unmittelbar festgelegt.

¹⁰ Präzisierung erforderlich, wie der Verstoß festgestellt wurde.

FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe**Teil C: Gründe im Zusammenhang mit Insolvenz, Interessenkonflikten oder beruflichem Fehlverhalten^{11, 12}**

Entsprechend § 124 Abs. 1 GWB

1. hat unser Unternehmen gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche¹³ Verpflichtungen verstoßen Ja Nein

2. befinde ich mich/befindet sich unser Unternehmen in einer der folgenden Situationen:
 - Zahlungsunfähigkeit
 - über mein/das Vermögen des Unternehmens wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet,
 - die Eröffnung eines solchen Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt
 - unser Unternehmen befindet sich in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt Ja Nein

3. habe ich/hat das Unternehmen oder eine dem Unternehmen zuzurechnende Person gemäß § 123 Abs. 3 GWB⁴ im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird Ja Nein

4. habe ich/haben wir/hat unser Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken Ja Nein

5. Ich/Wir habe mich/haben uns bei der Erstellung dieses Angebots der Unterstützung Dritter (externe Stellen bedient)¹⁴. Ja Nein

¹¹ Für die Beantwortung der Fragen sind nur diejenigen Ereignisse relevant, die bei Angebotsabgabe nicht länger als 3 Jahre zurückliegen. Liegt ein dauerhaftes Verhalten/andauernder Zustand vor, ist dies auch dann relevant und anzugeben, wenn es/er noch bis in den hier relevanten 3-Jahres-Zeitraum hinein fortbesteht/fortbestand.

¹² Wenn eine Frage mit „Ja“ beantwortet wird, hat der Bieter in einem gesonderten, formlosen Dokument (pdf/a) als Anlage zum Formblatt folgende Angaben zu machen: Nähere aussagekräftige Beschreibung des betreffenden Ereignisses/Sachverhalts (Verstoß/Verfehlung/Vereinbarung/Konflikt/Vorbefassung/Kündigung); Zeitpunkt/Zeitraum, zu dem/innerhalb dessen das betreffende Ereignis stattfand; Folgen, die sich an das betreffende Ereignis geknüpft haben. Die Stadt Leipzig wird die Umstände ggf. noch näher aufklären.

¹³ Unter den Begriff der arbeitsrechtlichen Verpflichtungen fallen insbesondere zwingende arbeitsgesetzliche Vorgaben wie das Arbeitszeitgesetz, das Mutterschutzgesetz, das Bundesurlaubsgesetz und das Arbeitsschutzgesetz sowie daraus abgeleitete Rechtsverordnungen.

¹⁴ Der Bieter hat sich der Unterstützung externer Stellen zur Erstellung des Angebots bedient, wenn Angebotsinhalte jedenfalls teilweise auf Dienst- bzw. Unterstützungsleistungen Dritter beruhen. Dritte sind alle rechtlich selbständigen Personen/Unternehmen, die nicht mit dem Bieter identisch sind. Ausgenommen sind Unterstützungsleistungen abhängig beschäftigter Mitarbeiter des Bieters sowie von Behörden. Externe Stellen sind insbesondere mit dem Bieter verbundene (Service-)Unternehmen, Berater/Beratungsunternehmen, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und freie Mitarbeiter. Um Dienst- und Unterstützungsleistungen handelt es sich beispielsweise bei der Bereitstellung von Konzeptmustern, der Prüfung des Angebots auf fachlich/rechtliche Fehler, der Erstellung/Optimierung von Angebotskonzepten, Ausfüllen von Formblättern, Kalkulation von Angebotspreisen. Nicht benannt werden müssen Dritte, deren Mitwirkung die Stadt Leipzig den Angebotsunterlagen selbst unzweifelhaft entnehmen kann wie die den Jahresabschluss testierenden oder die Eigenkapitalbescheinigung ausstellenden Wirtschaftsprüfer, bürgende Banken, Versicherungsunternehmen, von denen dem Angebot beigefügte Versicherungsbestätigungen stammen, oder Vertragspartner des

-
6. sehe ich/sehen wir einen Interessenkonflikt bei der Teilnahme am Vergabeverfahren. Ja Nein
-
7. habe ich/haben wir oder ein mit mir/uns in Verbindung stehendes Unternehmen den Auftraggeber beraten oder war auf andere Art und Weise an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens beteiligt (Vorbefassung). Ja Nein
-
8. wurde in der Vergangenheit ein zwischen mir/uns und einem öffentlichen Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber geschlossener Vertrag über die Vergabe eines öffentlichen Auftrages oder einer Konzession **vorzeitig** beendet oder hat ein entsprechender früherer Auftrag Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen nach sich gezogen. Ja Nein

Entsprechend § 124 Abs. 1 Nr. 8 und 9 GWB erkläre ich, wir, dass:

1. Ich/wir in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten habe/n. Ja Nein
-
2. Ich/wir versucht haben, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen. Ja Nein
-
3. Ich/wir versucht habe/n, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die ich/wir unzulässige Vorteile erlangen könnten. Ja Nein
-
4. Ich/wir fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt habe/n, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht habe/n, solche Informationen zu übermitteln. Ja Nein

Apothekenvertrags. Ebenso wenig brauchen Unternehmen/Personen angegeben werden, von denen ausschließlich Produkt- oder Preisauskünfte für Leistungen eingeholt werden, auf die der Bieter im Auftragsfall angewiesen ist (z. B. Fahrzeugausbauer, Wäschereien, Werkstätten, Softwaredienstleister). **Wird diese Frage mit „Ja“ beantwortet, behält sich die Stadt Leipzig ausdrücklich vor, weitere Angaben zu diesen externen Stellen – z.B. Name, Anschrift, Art und Umfang der in Anspruch genommenen Unterstützung – abzufordern.**

FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe

Teil D: Sonstige Ausschlussgründe nach MiLoG und AEntG

Gegen mich/unsere Unternehmen wurde im Zusammenhang mit einer Bußgeldvorschrift gemäß § 21 Mindestlohngesetz und/oder § 23 AEntG ein Bußgeld von mindestens EUR 2.500,00 verhängt:

 Ja
 Nein

Soweit die vorstehende Frage mit „**Ja**“ beantwortet wurde, müssen Sie die nachfolgend geforderten Angaben machen:

	Vor- und Zuname der betroffenen (Leitungs-) Person bzw. Angabe Unternehmen	Bezeichnung des Tatbestandes, dessentwegen die Geldbuße festgesetzt wurde	Datum der Rechtskraft des Bußgeldbescheides (TT.MM.JJJJ)	Höhe des Bußgelds
1.				
2. (*)				
3. (*)				
	Weitere in gesondertem Dokument (pdf-Format) ¹⁵			

¹⁵ Dokument ist nach dem Muster der Tabelle zu erstellen.

**FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe****Teil E: Maßnahmen zur Selbstreinigung**

Soweit eine der vorstehenden Fragen unter **Teil A bis D** mit „**Ja**“ und „**Nein**“ zu beantwortenden Fragen – mit Ausnahme der Fragen Teil C zu § 124 Abs. 1 GWB Nr. 5 bis 7 (Seite 3 f.) – mit „**Ja**“ beantwortet wurde, müssen Sie die nachfolgend geforderten Angaben machen:

Haben Sie bzw. Ihr Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß § 125 Abs. 1 GWB getroffen, im Rahmen derer Sie bzw. Ihr Unternehmen

1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt haben/hat oder Sie bzw. Ihr Unternehmen sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben/hat,
2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt haben/hat, und
3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben/hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden:

 Ja **Nein**

Soweit die vorstehende Frage mit „**Ja**“ beantwortet wurde, müssen Sie alle ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen **in einem gesonderten Dokument umfassend beschreiben** und dem Angebot die **Nachweise** für die Durchführung der beschriebenen Selbstreinigungsmaßnahmen **beifügen**. Maßnahmen, die nicht beschrieben worden sind, wertet die Stadt Leipzig als nicht erfolgt. Die Stadt Leipzig behält sich vor, dennoch verbleibende Fragen aufzuklären.

FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe ¹

Teil F: Eigenerklärung Sanktionen

Ich/unser Unternehmen gehört **nicht** zu den in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen**, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

Ja

Nein¹⁶

¹⁶ HINWEIS: Gem. Nr. 7 Eignungskriterien führt die Auswahl mit „Nein“ zum Ausschluss des Angebots.

FORMBLATT Eigenerklärung Ausschlussgründe**Abschlussklärung**

Ich/ wir erklären, dass die oben unter Teil A bis E abgegebenen Erklärungen genau und korrekt sind.

Mir/uns ist bewusst, dass wissentlich falsche Angaben in den unter Teil A bis E abgegebenen Erklärungen meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben können.

(Ort, Datum)

(Name des Erklärenden)

(Unternehmen des Erklärenden,
falls nicht mit Bieter identisch)